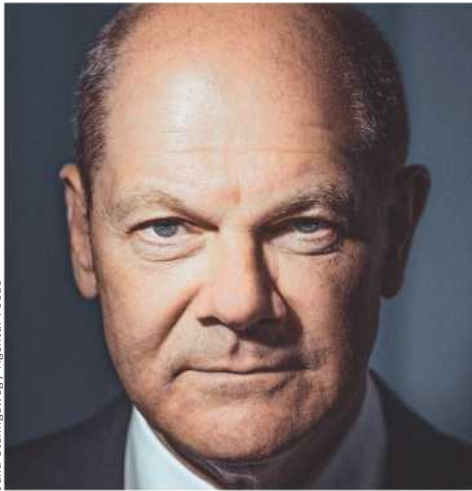
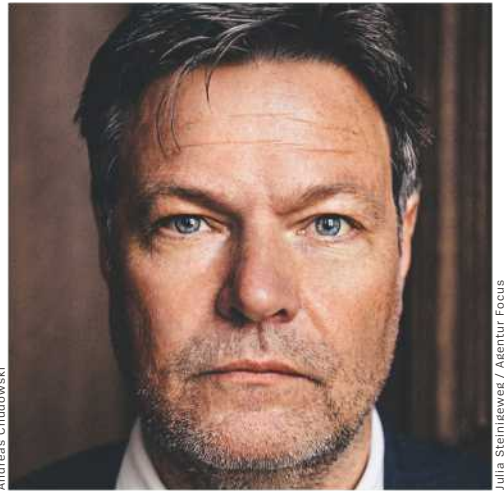




Julia Steingeweg / Agentur Focus



Andreas Chudowski



Julia Steingeweg / Agentur Focus

Regierungsspitzen Lindner, Scholz, Habeck: Der Vorwurf des Wortbruchs steht im Raum

Die Misstrauens-Koalition

REGIERUNG Ausgerechnet in den beiden wichtigsten Bereichen ist die Klimapolitik der Ampel zum Erliegen gekommen: im Verkehr und bei den Gebäuden. Die Grünen sind angeschlagen, die FDP verkämpft sich beim Heizungsgesetz. Löst der Kanzler die Blockade?



Volker Crone / DER SPIEGEL

Streitobjekt Wärmepumpe: Solange das Heizungsgesetz nicht kommt, werden auch andere Vorhaben blockiert

Es gibt einen Satz, der im Berliner Regierungsviertel zuletzt gesprochen wurde wie ein Glaubensbekenntnis, von Liberalen und vor allem von Bundeskanzler Olaf Scholz. Der Satz geht so: »Kein Gesetz verlässt den Bundestag so, wie es hereingekommen ist.« Er ist bekannt als Strucksches Gesetz, nach Peter Struck, dem einstigen Verteidigungsminister der SPD.

Es geht dabei stets um jenes Projekt, das technisch Gebäudeenergiegesetz (GEG) heißt, draußen auf der Straße Heizungsgesetz, im Boulevardsound »Habecks Heiz-Hammer«, in den Worten des FDP-Abgeordneten Frank Schäffler »Atombombe«.

Die FDP-Minister hatten dem Gesetzentwurf im Kabinett zugestimmt, sich aber sofort distanziert. Man halte für grundfalsch, was man da eben beschlossen habe, das war die Botschaft. Es werde im parlamentarischen Verfahren noch angepasst, wie es ureigenste Aufgabe der Abgeordneten sei. Siehe das Strucksche Gesetz.

Doch dann war davon plötzlich keine Rede mehr. Das Heizungsgesetz erreichte den Bundestag erst gar nicht, es wurde vertagt.

Es wird nun schwer, das vermutlich meistdiskutierte Vorhaben der Regierung noch vor der Sommerpause im Parlament verabschieden zu lassen. Obwohl es genau so im Koalitionsausschuss vereinbart worden war, nach quälenden 30 Stunden, harten Verhandlungen, schmerzhaften Kompromissen.

Die Grünen reagierten eiskalt. Klimaminister Robert Habeck sagte: »Ich nehme zur Kenntnis, dass die FDP sich nicht an das gegebene Wort hält an dieser Stelle.« Wortbruch also, sehr viel Übleres kann man dem Koalitionspartner nicht vorwerfen. Im Grunde heißt es: Ihr seid gar keine Partner mehr.

Öffentlich wurde die Entscheidung, sich nicht wie geplant in dieser Woche mit dem Gesetz zu befassen, am Dienstag nach der Runde der Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen. Gefallen war sie schon vorher, beim Frühstück der Fraktionsvorsitzenden. Denn das Thema ist hochpolitisch und wirft grundsätzliche Fragen auf: Kann diese Koalition noch zusammenarbeiten? Und war es das jetzt mit Klimaschutz, wenn man gerade in den wichtigen Bereichen Verkehr und Gebäude nicht vorankommt?

Wenn es doch noch weitergehen soll, dann müssten sich wohl andere als die Grünen bewegen. Die FDP, die womöglich einsehen muss, dass sie es übertrieben hat mit ihren **Querschüssen**. Oder der Bundeskanzler, der vor der Erkenntnis steht, dass ihm sein Vize die Klimabilanz nicht retten wird, von der das Gelingen seiner Kanzlerschaft mit abhängt.

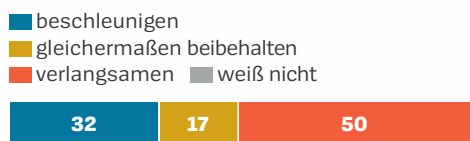
Denn die Grünen, die sich bislang vor allem für Klimapolitik verantwortlich gefühlt haben, sind angezählt. Habeck hat mit Staatssekretär Patrick Graichen seinen wichtigsten Klimaschutzmann verloren. Ein weiterer Staatssekretär wird gerade unter Beschuss genommen. Und das Heizungsgesetz, Habecks vielleicht größtes Projekt, ebenfalls.

Tempo raus beim Klimaschutz

»Sollte Bundeskanzler Olaf Scholz Ihrer Meinung nach in der Bundesregierung **stärker die Führung beim Thema Klimaschutz** übernehmen?«, in Prozent



»Sollte die Bundesregierung das **Tempo in der Klimaschutzpolitik** Ihrer Meinung nach eher beschleunigen oder eher verlangsamen?«, in Prozent



5 • Quellen: Civey-Umfragen für den SPIEGEL; Befragungszeitraum vom 23. bis 24. Mai; Stichprobengröße: mindestens 5000 Befragte; die statistische Ungenauigkeit der Umfragen liegt bei bis zu 2,5 Prozentpunkten

Der Klimaminister ist an diesem Mittwochnachmittag schwer erkältet. Aber er muss sich im Wirtschaftsausschuss den Fragen der Abgeordneten stellen. Wieder einmal geht es nicht um Klimaschutz, aber trotzdem um fast alles: einen Mitarbeiter, seinen Ruf, die Handlungsfähigkeit des Ministeriums.

Neben Habeck sitzt Udo Philipp, der zweite Staatssekretär aus seinem Haus, den die Opposition abschießen will. Die beiden müssen sich rechtfertigen für die Besetzung eines Start-up-Beirats, für die Aktienfonds und Firmenbeteiligungen seines Spitzenbeamten. Habeck sagt: »Dienstliches Handeln darf nicht von einem privaten Interesse geleitet werden.« Für Philipp könne er das verneinen.

Vor allem die Union ist nicht überzeugt. Sie fragt und bohrt und zweifelt. Es ist ein Tribunal und womöglich nicht das letzte. Zumal CDU und CSU bereits schriftlich nachgelegt haben. Dem SPIEGEL liegt eine weitere Kleine Anfrage an das Habeck-Ministerium vor, in der die Unionsfraktion 64 Fragen zu »Personal- und Complianceangelegenheiten im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz« formuliert, es ist bereits die zweite. Im Ministerium stöhnt man schon, dass man nur noch mit der Beantwortung von Fragenkatalogen beschäftigt sei.

Der neue Energie-Staatssekretär muss sich unterdessen erst einarbeiten. Habeck kennt Philipp Nimmermann noch von früher, er war Staatssekretär in Schleswig-Holstein, dann in Hessen. Nur mit Klimaschutz und Energie war er bislang eher wenig befasst. Alles keine idealen Voraussetzungen in einer politisch so heiklen Phase.

Hinge die Klimapolitik gerade nur an Habeck und seiner Partei, sie wäre wohl zum Scheitern verurteilt.

In der Grünenfraktion entlud sich am Dienstagnachmittag, wenige Stunden nach der öffentlichen Verkündung der vertagten Debatte im Plenum, die Wut der Enttäuschten.

Besonders bei jenen, deren Herzensthemen schon eingetauscht wurden, im Verkehr, im Umweltschutz, nur um das Gebäudeenergiegesetz durchzubekommen – nachdem es nicht nur einmal »geent« war, wie es im parlamentarischen Jargon heißt. Die Koalitionspartner hatten die Verhandlungen immer wieder neu aufgemacht, am Ende wurde das Klimaschutzgesetz stark aufgeweicht, im Verkehrsbereich hat man den Klimaschutz quasi aufgegeben für diese Legislaturperiode.

»Was sollen wir Ihnen denn jetzt noch geben?«, fragt verzweifelt ein Grüner. Gemeint ist auch der eigene Minister, der unbedingt dieses Heizungsgesetz wollte. Gemeint ist vor allem aber die FDP.

Teile in der grünen Fraktion, auch die Spitze, sind deshalb bereit, sich zu rächen. Man werde, so kommt man in der Sitzung Teilnehmern zufolge überein, von nun an blockieren, was die Liberalen wollen. Auge um Auge, Wärmepumpe um Sektorziele. Das betrifft vor allem den Verkehr, wobei die Frage ist, wie man blockieren soll, was sich so wieso nicht bewegt. Während aus dem Verkehrsministerium von Volker Wissing (FDP) gestreut wird, man habe Pläne vorgelegt, die ausreichen, um das Klimaziel im Verkehr bis 2030 zu erreichen, ist man in Wahrheit nicht nur uneinig, sondern weit weg davon.

Am Mittwoch hätten im Kabinett die vom Verkehrsministerium vorbereiteten Änderungen des Straßenverkehrsrechts beschlossen werden sollen. Doch schon vor einer Woche hieß es, der Entwurf sei nicht zustimmungsfähig. Die Grundidee ist simpel: Kommunen sollen an mehr Straßen als bisher Tempo 30 verhängen können. Dazu könnte man zum Beispiel Klimaschutz als Ziel für den Verkehr verankern. Das aber will das Verkehrsministerium nicht. Dessen Vorschläge halten die Grünen wiederum für völlig unzureichend.

Ähnlich sieht es bei der Gesetzesnovelle für Carsharing-Autos aus, mit dem die Carsharing-Flotten bis 2026 CO₂-neutral werden sollen. Oder dem Planungsbeschleunigungsgesetz, mit dem Autobahnen und Bahnstrecken schneller ausgebaut und saniert werden sollen. Auch eine Neuregelung der Lkw-Maut ist bis auf Weiteres vertagt. Die jährlichen Mehreinnahmen von bis zu sieben Milliarden Euro fehlen der Bahn.

Die Beamten sind zunehmend frustriert. »So eine Situation habe ich selbst in den bleiernen Zeiten der Großen Koalition nicht erlebt«, sagt einer von Wissings Leuten. Und im Wirtschaftsministerium flucht man über die Winkelzüge im Verkehrsministerium.

Unter anderen Umständen würde eine Koalition angesichts dieser Lage einfach etwas Zeit verstreichen lassen. Dann wartet man eben, bis man alles geent hat, und verabschiedet dann ein riesiges Paket. Dann geht das Heizungsgesetz eben erst im Herbst durchs Parlament. Wo ist das Problem?

Das Problem ist das Misstrauen.

Dass ein Gesetzentwurf nicht in den Bundestag eingebracht wird, obwohl er durchs

Kabinetts ist, ist ungewöhnlich, aber nicht ohne Beispiel. Koalitionen sind daran nicht zerbrochen. Schwerer wiegt, dass die Partner sich nicht mehr darauf verlassen, dass das Wort des anderen gilt. Wortbruch, Habeck hat es ausgesprochen, andere Koalitionäre sehen es genauso. Schon lange fehle in der Regierung der gemeinsame Geist, das Lagerfeuer, an dem man sich zusammensetzt, wie es einer der Koalitionäre formuliert.

Was, fragen sich Grüne und zunehmend auch Sozialdemokraten, wenn eine Verschiebung des Heizungsgesetzes in den Herbst nur bedeutet, dass es dann in die Landtagswahlkämpfe in Bayern und Hessen gerät und noch stärker parteipolitisch aufgeladen wird? Und was, wenn es am Ende gar nicht darum geht, eine gute Lösung zu finden, sondern darum, sie so lange zu verschleppen, bis sie scheitert?

Das ist der Verdacht, dem sich die FDP gerade ausgesetzt sieht. Dass sie jene Taktik nutzt, die Klimawandelleugner perfektioniert haben: Delay is the new denial, Verzögern ist das neue Leugnen.

In der FDP weist man diesen Vorwurf empört zurück. Es gibt in der Fraktion zwar einige, bei denen Zweifel bestehen, wie viel Klimaschutz sie wirklich wollen. Die Funktionäre beteuern aber, ihnen gehe es nur um inhaltliche Verbesserung. »Das Gesetz in dieser Form wird keine Mehrheit finden. Aber es wird ein Gesetz zum klimaneutralen Heizen geben, das steht außer Frage«, sagt Fraktionsvize Lukas Köhler.

Das vielleicht größte Problem der FDP: Sie spricht nicht mit einer Stimme. Das zerstört die eigene Glaubwürdigkeit, denn selbst wenn alle guten Willens sein sollten, ist das Ergebnis von bewusster Verzögerung kaum zu unterscheiden.

Köhler etwa wirbt für einen CO₂-Preis, auch wenn das extrem teuren Sprit bedeuten sollte. So ist es Beschlusslage. Zugleich aber sind nicht nur die Anhänger der Partei skeptisch, sondern auch andere wichtige Liberale überzeugt, dass man hohe Preise unbedingt verhindern müsse. Beides kann man vertreten – nur eben nicht gleichzeitig.

Das von Parteichef Christian Lindner geführte Finanzministerium feierte sich im April in einem Papier, dass es gelungen sei, im Heizungsgesetz »Technologieoffenheit, Wirtschaftlichkeit und soziale Ausgewogenheit als entscheidende Leitplanken für den Klimaschutz im Gebäudebereich zu verankern«. Der energiepolitische Sprecher der Fraktion, Michael Kruse, dagegen twitterte, von »den 170 Seiten gehören 120 in die Tonne«.

Dann war da das Strucksche Gesetz, die Ansage, man werde das Heizungsgesetz im Bundestag verändern – bis man verhinderte, dass sich der Bundestag damit befasst.

Und schließlich sind da noch die 101 Fragen der FDP, die das Klimaministerium angeblich erst beantworten müsse, wie vor einiger Zeit die »Bild« berichtete. FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai wiederholte das eine Woche später. Dabei waren dem Ministerium nie



Neuer Staatssekretär Nimmermann

101 Fragen zugegangen, und offenbar war das auch nie geplant gewesen. Am Donnerstag reichten die Berichtstatter doch noch einmal 77 Fragen nach, der Druck war zu groß geworden. Die FDP musste das Chaos kleinlaut erklären, sie hatte sich unrettbar in Unstimmigkeiten verstrickt.

Bei den Koalitionspartnern weckt das die Hoffnung, die FDP werde nun etwas verhandlungsbereiter. Fraktionschef Christian Dürr immerhin rief seine Leute diese Woche zu mehr Kompromissbereitschaft auf und sagte öffentlich, er sei zuversichtlich, »einigermaßen zeitnah« substanzielle Änderungen hinzubekommen. Es sind Schritte, immerhin.

In der Fraktion allerdings ist die Stimmung schlecht, Abgeordnete reagieren gereizt auf das Thema. Derzeit gleiche der Entwurf »mehr dem Grünen-Wahlprogramm als dem, was im Koalitionsvertrag und im Koalitionsausschuss vereinbart wurde«, sagt Kruse. Es sei einfach ein »schlechtes Gesetz«, sagt ein anderer Abgeordneter.

Die Grünen wollen sich offenbar auf die FDP nicht verlassen. Der Kanzler müsse sich »zum Anwalt des Verfahrens« machen, verlangen sie. Aber auch in der SPD dämmert es, dass der fortgesetzte Stillstand in entscheidenden Klimafragen nicht nur für die Grünen ein Problem ist. Sondern für die ganze Koalition. Und damit vor allem auch für Scholz.

Es ist nicht so, dass der Kanzler keine Vision hätte, was den Schutz des Klimas angeht. Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar gab er einen kleinen Einblick in seine Gedankenwelt. »Wir nehmen die Dekarbonisierung unserer Industrie entschlossen in Angriff«, sagte er da. Von der

»Unser Ziel bleibt, das Gesetz vor der Sommerpause zu beschließen, die Menschen brauchen Klarheit.«

Wiebke Esdar, SPD-Politikerin

»Innovationskraft Europas« sprach er, von Milliardeninvestitionen. Einer seiner Nachfolger, sagte Scholz, werde »Deutschland als einen der ersten klimaneutralen Industriestaaten der Welt präsentieren«.

Fragt man im Umfeld des Kanzlers nach, bekommt man Erfolge im Stakkato erzählt. Allerdings ist es so: Fragt man im Umfeld des Kanzlers nach, hat der Kanzler grundsätzlich alles im Griff.

Offensichtlich aber dringt er mit der Erzählung eines neuen Wirtschaftswunders nicht recht durch, weder in der Koalition noch in der Öffentlichkeit. Joe Biden, in Scholz' Darstellung so etwas wie sein Bruder im Geiste, hat in den USA mit dem Inflation Reduction Act ein Milliardenpaket durchgesetzt, nach monatelanger Totalblockade und mit beachtlichem Erfolg. Damit hat er Bewegung in der Wirtschaft angestoßen, sogar so etwas wie Hoffnung auf eine gute Zukunft geweckt. Warum funktioniert es in Deutschland nicht?

Ganz sicher fehlt das Geld. Im Kanzleramt blickt man auf den Milliardenwumms der US-Regierung mit Neid – aber auch mit Angst. Die Sorge vor Abwanderung deutscher Unternehmen ist groß. Man überlegt, sie mit einem rabattierten Industriestrompreis zu locken, viel mehr ist kaum möglich. Der Klima- und Transformationsfonds sei leer, heißt es aus Kabinettskreisen.

Vielleicht fehlt es aber auch an politischer Entschlossenheit und Risikobereitschaft. Lange hatte sich der Kanzler in der Heizungsfrage öffentlich zurückgehalten. Es schien ihm und der SPD ganz recht, dass sich die Kritik auf Habeck fokussierte, obwohl die SPD-Bauministerin Klara Geywitz den Gesetzentwurf mit erarbeitet hatte. Dann aber sagte Scholz auf dem Petersberger Klimadialog, alte Heizungen müsse man nach und nach durch klimafreundliche ersetzen: »Diese Wahrheit gehört ausgesprochen.«

Mit einem Mal entfaltete die SPD auffällige Aktivität. Die FDP verweigere sich der Kommunikation, gehe teilweise nicht mal mehr ans Telefon, heißt es nun aus den Reihen der Sozialdemokraten. Die interne Forderung an die Spitze: Man müsse die FDP jetzt »aus der Schmollecke herausholen«.

Wiebke Esdar, Sprecherin der Parlamentarischen Linken in der SPD-Fraktion, sagte: »Unser Ziel bleibt, das Gesetz vor der Sommerpause zu beschließen, denn die Menschen brauchen endlich Klarheit.« Noch deutlicher wird Parteichef Lars Klingbeil im SPIEGEL-Interview: »Das Gesetz wird bis zur Sommerpause verabschiedet und zum 1. Januar in Kraft treten« (siehe Seite 26).

Kaum jemand glaubt, dass er so eine Ansage wagen würde, wüsste er nicht den Kanzler hinter sich. Hinter den Kulissen dränge der auf eine schnelle Lösung, ist zu hören. Die Zeit läuft: Bis zur Sommerpause kommen nur noch drei reguläre Sitzungswochen.

Florian Gathmann, Martin Knobbe, Serafin Reiber, Jonas Schaible, Christian Teevs, Gerald Traufetter, Severin Weiland